

Elterngeld

Die Weihnachtsgeschichte ist - auch - die Geschichte einer Familiengründung unter widrigen Umständen. Maria und Josef haben kein eigenes Dach über dem Kopf, als Jesus in Bethlehem geboren wird.

Familiengründungen in Deutschland finden heute in der Regel unter erheblich weniger schwierigen Bedingungen statt. Die meisten jungen Paare haben die Vorbereitungen für die Geburt in Ruhe getroffen, Hebammen und Ärzte begleiten die Entbindung, Mutterschutz und Elternzeit gewährleisten, dass sich die Eltern ohne Sorgen um ihren Arbeitsplatz optimal um ihr Kind kümmern können. Trotzdem aber bleibt die Familiengründungsphase eine besondere Zeit, die der besonderen Mitverantwortung der Gesellschaft bedarf.

Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen, dazu das Instrument des Erziehungsgeldes weiter zu entwickeln. Junge Familien, so die Überlegung, sind heute im Regelfall auf das Einkommen von Vater und Mutter angewiesen. Wenn ein Elternteil zuhause bleibt, um das Kind zu versorgen, fehlt der Familie eine Einkommenssäule. Die Transferzahlung in der Familiengründungsphase soll daher als Einkommensersatz ausgestaltet werden, und zwar als Ersatz für das Einkommen desjenigen Partners, der seine Erwerbsarbeit reduziert.

Das Konzept des neuen Elterngeldes passt zur gesellschaftlichen Wirklichkeit von jungen Familien heute - ebenso wie die von der Ministerin vorgeschlagene "Väterkomponente". Sie wird es Vätern leichter machen, die Möglichkeit der Elternzeit tatsächlich zu nutzen.

Das Matthäus-Evangelium berichtet von Engeln, die Josef im Traum erscheinen, um ihn in seinen Vaterpflichten zu unterstützen. Sanfter Druck ist da zu spüren - damals wie heute keineswegs erfolglos, um junge Väter zu ermutigen.

Stefan Vesper

11. Jg. Nr. 6 19. Dezember 2005

Inhalt

Bildung für Alle

Lernen und Arbeiten in der
Solidarischen Leistungsgesellschaft
Hermann Kues 2

Leuchttürme in der Hochschullandschaft oder die Frage "Was gibt wirklich Orientierung ?"

Plädoyer für ein plurales System der
Begabtenförderung
Claudia Lücking-Michel 4

Um Deutschlands und Europas willen

EU braucht soziale Perspektiven
Stefan Lunte 6

Gerechtigkeit – Maßstab für das neue Europa

Gedanken zum Themenbereich III des
Saarbrücker Katholikentags
Thomas Jansen 8

Denkwürdige Sätze

Persönliche Perspektiven zum
Thema Gerechtigkeit
Lioba Speer 10

Nachdenken über Bildung

Weihnachtliche Betrachtung zur
Bildersprache
Detlef Stäps 12

Bildung für Alle

Lernen und Arbeiten in der Solidarischen Leistungsgesellschaft

Kaum ein anderes Buch hat die Vorzüge ebenso wie die Voraussetzungen der Sozialen Marktwirtschaft ähnlich verständlich erklärt wie Ludwig Erhards "Wohlstand für Alle". Trotz zahlreicher Neuauflagen ist es ihm allerdings nicht gelungen, den kulturellen Voraussetzungen der Sozialen Marktwirtschaft den ihnen gebührenden Stellenwert nachhaltig zu sichern. Verbunden mit einem neuen Begriff – dem der "Solidarischen Leistungsgesellschaft" – ist daher Erhards Philosophie heute noch einmal neu zu akzentuieren: "Wohlstand für Alle" ist ohne "Bildung für Alle" nicht zu erreichen.

Die soziale Marktwirtschaft könne nur gedeihen, so mahnte Ludwig Erhard 1957, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung - die Bereitschaft für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen - nicht durch vermeintlich soziale Maßnahmen zum Absterben verurteilt wird. Wenn die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielten, den Menschen "schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten", dann werde dies über kurz oder lang dazu führen, dass die Menschen nicht mehr das Maß an Kraft, Leistung und Initiative entfalten, das die Voraussetzung einer "auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten 'Sozialen Marktwirtschaft'" darstellt, so Erhard im 'Wohlstand für Alle'.

Anders formuliert: Reichtum wird nicht vom anonymen Markt, sondern von den Leistungsträgern erwirtschaftet, die auf diesem Markt ihre Leistungen und die Produkte ihrer Arbeit anbieten – von den Arbeitern und Angestellten, von Frauen und Männern. Ebenso wird sozialer Ausgleich nachhaltig nicht vom Staat durch verordnete Umverteilung erreicht, sozialer Ausgleich ist auf Dauer nur in dem Maß zu gewährleisten, in dem jeder Einzelne bereit ist, solidarisch Risiken für Schwächere mit abzusichern und mit zu tragen.

Solidarische Leistungsgesellschaft

Erhards auf die Leistungs- und die Solidarbereitschaft jedes Einzelnen gründende Philosophie der

Sozialen Marktwirtschaft ist durch manchen alltagspolitischen Gebrauch des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft verschüttet worden. Daher hat nun Alois Glück den Begriff der "Solidarischen Leistungsgesellschaft" geprägt, der Erhards Anliegen aufgreift und auf eine neue Begrifflichkeit bringt.

Stärker als im erfahrungsgesättigten Vorverständnis von Sozialer Marktwirtschaft lässt sich im Begriff der Solidarischen Leistungsgesellschaft sprachlich bereits erahnen, dass die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft mit den Tugenden jedes Einzelnen aufs engste verknüpft sind, dass die Soziale Marktwirtschaft ohne die ihr zugrunde liegende geistige Haltung der Verantwortung und Leistungsbereitschaft nicht gedeihen kann. Solidarische Leistungsgesellschaft – in diesem Begriff liegt unüberhörbar eine doppelte Zumutung: Wir, jede und jeder einzelne, tragen Verantwortung für die Produktivität, den Wohlstand, die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, indem wir unsere eigene Leistungsfähigkeit nutzen und Leistungsbereitschaft belohnen. Wir, jede und jeder einzelne, tragen aber auch Verantwortung für den anderen, den Schwächeren, das Gemeinwohl. Wir sind zur Solidarität verpflichtet.

Bildungspolitik – Herzstück der solidarischen Leistungsgesellschaft

Das ZdK hat in seiner jüngsten Erklärung "Lernen und Arbeiten im Lebenslauf" diesen Gedanken aufgegriffen. Um unsere Gesellschaft als Solidarische Leistungsgesellschaft zukunftsfähig zu gestalten, sei es notwendig, Bildungspolitik als eine wesentliche Aufgabe des Sozialstaats zu verstehen, so das ZdK. Dabei sei der Sozialstaatsanspruch "vor der Fehlinterpretation zu bewahren, der Staat fungiere als allmächtiger Reparaturbetrieb und liefere eine Rundum-Versicherung für alle Lebensrisiken. In der Bildungs-, ebenso wie in der Sozialpolitik ist die Solidaritätszusage an die Ärmsten und Schwächsten zu verbinden mit leistungsbezogenen Anforderungen und Zusagen an alle Bürgerinnen und Bürger."

Bildungsarmut wird vererbt

"Wohlstand für Alle" – so die Einsicht - setzt "Bildung für Alle" schlechterdings voraus, gefordert ist eine engere Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik. Fast zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler jedes Jahrgangs allerdings verlassen die

Schule ohne Abschluss, rund 85000 Jugendliche waren es im Jahr 2004. Sie haben kaum eine Chance auf einen regulären Ausbildungs-, anschließend dramatisch schlechte Aussichten auf einen sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitsplatz. Die so beschriebene Perspektivlosigkeit für Schulabbrecher birgt erheblichen sozialen Sprengstoff in sich. Ein Teufelskreis: Wer arm ist, erwirbt weniger Bildung. Wer keine (Aus-)Bildung hat, bekommt keinen Beruf. Wer keinen Beruf hat, gibt diesen sozialen Nachteil an die Kinder weiter. Bildungsarmut wird vererbt. Wer in jungen Jahren keine ausreichende Basis im Bereich der Bildung hat legen können, verpasst nicht selten "den Zug lebenslangen Lernens" – fehlende Bildungsvoraussetzungen und sich verschlechternde ökonomische Voraussetzungen potenzieren sich in ihren Effekten auf die Bildungs-, Erwerbs- und Familienbiographie. Für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sieht die Lage besonders dramatisch aus. Schlecht qualifizierte ältere Arbeitslose haben quasi keine Chance auf einen neuen Job.

Die Weichen werden früh gestellt. Vorsorgende Bildungssozialpolitik beginnt daher in der Familie – mit familienergänzenden Angeboten der frühkindlichen Bildung, mit Beratungsangeboten alten und neuen Typs von early excellence-Zentren über Mehrgenerationenhäuser bis zur klassischen Familienbildung, deren Potenzial gerade von katholischen und evangelischen Trägern in der Vergangenheit optimal ausgeschöpft worden ist und für deren Erhalt und Weiterentwicklung sich das ZdK wiederholt ausgesprochen hat.

Kultur lebenslangen Lernens

Der Spannungsbogen vorsorgender Bildungssozialpolitik reicht von Kindertageseinrichtungen, Grund- und weiterführende Schulen, über Jugendhilfe und Universität hinaus. Wir setzen uns ein für eine neue Kultur lebenslangen Lernens, die Lernen und Arbeiten in ihren Zusammenhängen begreift. Junge Arbeitslose brauchen einen Ausbildungsplatz. Warteschleifen, Parksituationen, Arbeitsgelegenheiten, die die Statistik entlasten und den Steuerzahler belasten, oder eine sich an die Schule unmittelbar anschließende Arbeits-

losigkeit führen zu einer Abwärtsspirale der Dequalifizierung. Ältere Langzeitarbeitslose, denen die alltäglichen Lernimpulse aus der Arbeitswelt fehlen, brauchen neue Motivation, selbständig Bildungsanstrengungen zu unternehmen. Gute Weiterbildungsangebote müssen nicht nur fachlich gut, sondern auch darauf ausgerichtet sein, die Krise der Arbeitslosigkeit persönlich zu überwinden.

Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf

Immer stärker entscheiden in der globalisierten Wissensgesellschaft die Teilhabe an Bildungsangeboten und die Zugriffsmöglichkeiten auf Wissensbestände über wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabechancen. Lebenslanges Lernen legt daher den Grundstein zukünftigen Wohlstands für Alle. Dabei besteht eine besondere Herausforderung darin, gute Aus- und Weiterbildung mit der Gründung einer Familie vereinbaren zu können. Eine "Kultur" lebenslangen Lernens muss die Vereinbarkeit von Familie und Studium, von Familie und Weiterbildung, von Elternzeit und Fortbildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dazu ist es einerseits hilfreich, wenn der Einstieg ins Berufsleben und die wirtschaftliche Basis für Familiengründung durch die Verkürzung zum Beispiel der akademischen Ausbildung frühzeitiger möglich wird. Andererseits brauchen wir aber auch intelligente Konzepte, um die Erfüllung des Kinderwunsches bereits in Zeiten der Ausbildung möglich zu machen.

Brüchen elterlicher Bildungsbiographien, Brüchen, die sich heute typischerweise immer noch häufiger bei Frauen beobachten lassen, die z.B. nach der Geburt ihrer Kinder die Ausbildung nicht abschließen oder die finanziellen Mittel für die Meisterkurse nicht aufbringen können, muss entschlossen entgegen gewirkt werden.

Dr Hermann Kues MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sprecher des ZdK für gesellschaftliche Grundfragen

(Die Erklärung "Lernen und Arbeiten im Lebenslauf" ist auf der Homepage des ZdK unter www.zdk.de/erklae-rungen abzurufen.)

Leuchttürme in der Hochschullandschaft oder die Frage "Was gibt wirklich Orientierung?"

Plädoyer für ein plurales System der Begabtenförderung

In der öffentlichen Debatte fliegen einem die Begriffe nur so um die Ohren: "Eliteuniversitäten", "Exzellenzzentren", "Spitzen-Forschung". "Leuchttürme" sollen gefördert werden, die Orientierung geben, wohin die Reise in der Wissenschaftslandschaft gehen soll. Alle überschlagen sich, bei den gegenseitigen Beteuerungen, wie wichtig es für unser Land sei, in die Ausbildung zukünftiger Spitzenkräfte und Leistungsträger zu investieren. Für diese richtige Erkenntnis ist es höchste Zeit, wurde hier doch viel zu lange gezögert und gespart.

Ebenso ist richtig, wenn die Förderung der oberen Bildungsspitze in einem Atemzug genannt wird, mit der Sorge um diejenigen, die neuerdings die "Bildungsarmen" genannt werden, um den Zusammenhang deutlich zu machen zwischen materieller Armut und den schlechten Bildungschancen, die Kindern und Jugendlichen aus sozialschwachen Familien mit auf den Lebensweg gegeben werden. Bildungs- und Sozialpolitik müssen entsprechend eng verknüpft werden und so dazu beitragen, (neue) Risiken von Armut und Exklusion zu vermeiden.

Verantwortungseliten

Eine dritte Erkenntnis ist allerdings alles andere als neu und scheint gerade deshalb in den umtriebigen Debatten der letzten Monate etwas ins Hintertreffen zu geraten: Ein Land wie die Bundesrepublik und eine Gesellschaft wie die unsere ist natürlich darauf angewiesen, dass in Wissenschaft und Forschung die Besten ihre besten Leistungen erbringen können. Fachliche Exzellenz muss ein entscheidendes Kriterium sein, darf aber auf keinen Fall das einzige bleiben. Erst wenn zu den hervorragenden Leistungen in Studium und Wissenschaft auch das Selbstverständnis und Bewusstsein hinzukommen, dass das, was man tut, zu verantworten ist vor Gott oder zumindest vor den Mitmenschen; dass es nicht in erster Linie um die eigene Karriere geht, sondern um Lö-

sungen für wichtige Menschheitsprobleme und Antworten auf die Not der anderen, kann Förderung von Spitzenleistungen im Sinne der Allgemeinheit Frucht tragen. Nicht den Starwissenschaftler brauchen wir, der jenseits seines Schreibtisches oder Laborplatzes nichts weiß von der Welt und ihren Sorgen, sondern diejenigen, die sich selbst einordnen in eine gesellschaftliche Gesamtverantwortung. "Verantwortungseliten" ist entsprechend das Stichwort für die Antwort auf die Frage, welche Eliten wir für unsere Gesellschaft brauchen.

Diese Verantwortungseliten entstehen nicht von allein und brauchen für sich und ihre Entscheidungen eine echte Orientierung. Im Sinne des pluralen und subsidiären Systems der Bundesrepublik gibt es dazu den Konsens, dass solcherart Verantwortung nur entstehen kann aus der persönlichen Bindung an Wertesysteme, die der Staat nicht selbst zur Verfügung stellen kann, deren Pflege und Erhalt er aber aktiv fördern will. Um der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entsprechen gibt es das Ganze zu recht nur in Anbindung an verschiedene konkurrierende Wertehorizonte, die in Summe gesellschaftlich ausgehandelt und akzeptiert werden. Ob bei der Förderung von Privatschulen, der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Finanzierung von Kindergärten oder halt auch der Begabtenförderung, immer steht dieselbe Idee der Kooperationen zwischen dem Staat und den unterschiedlichen weltanschaulichen Gruppen dahinter. Die Kirchen haben in diesem Sinne nicht nur von der staatlichen Förderung profitiert, sondern sich ihrerseits auch immer so verstanden, dass jede Form von staatlicher Unterstützung sich nur rechtfertigt, wenn damit ein wichtiger "Dienst der Kirche an der modernen Welt" ermöglicht wird.

Biographieförderung

Im Bereich der Begabtenförderung hat sich diese Idee seit den Erfahrungen mit der NS-Zeit durchgesetzt. In elf verschiedenen Werken wird zur Zeit auf Bundesebene der Gedanke einer pluralen Begabtenförderung umgesetzt, darunter die beiden kirchlichen, das Evangelische Studienwerk e.V. Villigst und das katholische Cusanuswerk, das im nächsten Jahr auf 50 Jahre seines Bestehens zurückblicken darf. Gefördert werden – um beim Beispiel Cusanuswerk zu bleiben – hochtalentierete junge Frauen und Männer, die ihre Fähigkeiten mit einer überzeugenden Persönlichkeit, einem reflektierten Glaubensweg und einer engagierten Kirche

lichkeit verbinden. In allen Werken zusammen werden derzeit weniger als 0,7% der Studierenden durch ein elternabhängiges Stipendium und durch diverse Bildungsprogramme unterstützt. Die Höhe der finanziellen Zuwendungen wird durch Richtlinien des BMBF vorgeschrieben, damit werden den jungen Leuten finanzielle Freiräume für die Dauer des Studiums ermöglicht. Dazu kommt die sog. ideelle Förderung, die – im Falle des Cusanuswerks - auf die Stärkung der Persönlichkeit und Verantwortungsbereitschaft in christlichem Horizont zielt. Nicht Projekte stehen im Mittelpunkt, sondern Menschen, die erleben dürfen, dass sie zur Freiheit berufen und in Verantwortung gesetzt sind. Mit vergleichbaren Instrumenten, wenn auch dann sehr unterschiedlichem weltanschaulichen Hintergrund, versuchen alle Begabtenförderungswerke diesen Ansatz der sog. "Biographieförderung" umzusetzen. Die Begabtenförderung soll die Fachkompetenz stärken und zugleich darüber hinausweisen. "Sie hat sich zu richten auf die Entwicklung von verantworteten Lebenskonzepten und die Stärkung einer sozial gebundenen Persönlichkeit. Sie soll die Fähigkeit zur Initiative fördern und bewirken, dass sich Intellektualität im Kontext wertgebundener Überzeugungen entfaltet." Ein komplexes, aber sehr sinnvolles und effektives Netz der Zusammenarbeit zwischen Staat und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die diese Arbeit tragen, hat sich da seit vielen Jahren bewährt.

Den Menschen nicht aus dem Blick verlieren

Doch jetzt verändern sich Koordinaten: In vielen Bundesländern wird über ländereigene Formen der Begabtenförderung nachgedacht und sind jeweils sehr unterschiedliche Konzepte in der Entwicklung. Einzelne Hochschulen schneiden Ihre eigenen Programme. Dieses verstärkte Engagement im Bereich der Begabtenförderung ist zunächst zu begrüßen, können doch heute bei weitem nicht all diejenigen Studierenden von einem Stipendium profitieren, die es verdient hätten. Manche neu aufgelegte Fördermaßnahme setzt allerdings allein auf wirtschaftliche Verwertbarkeit oder das einzelne Projekt und verliert die Menschen, die darin agieren aus dem Blick. Manch einer würde außerdem gerne die Gelegenheit nutzen und auch an dieser Stelle die bisher prakti-

zierte Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche einmal mehr grundsätzlich in Frage stellen. Angesichts der Forderung nach möglichst weltanschaulicher Abstinenz in der Begabtenförderung ist jedoch zu bedenken, dass Neutralität gerade nicht von sich aus vor Ideologisierung oder politischer Systemimmanenz bewahrt.

Plurales Angebot der Begabtenförderung erhalten

Mit der neuen Bundesforschungsministerin und dem ZdK-Mitglied, Frau Dr. Annette Schavan, hat auf Bundesebene eine Frau für diesen Bereich die Verantwortung übernommen, die das Anliegen der Begabtenförderung nicht nur kennt, sondern auch schätzt. Doch den vielen, die auf Länder-, Hochschulebene und in sonstigen Zusammenhängen Verantwortung tragen oder als Studierende, Lehrende und Gestaltende über neue Strukturen der Begabtenförderung nachdenken, sei dies Plädoyer für ein plurales Konzept von Begabtenförderung mit auf den Weg gegeben. Die historisch gewachsene Zahl der elf Begabtenförderungswerke sollte natürlich offen gehalten werden für neue gesellschaftliche Gruppierungen, sofern sie auf dem Boden demokratischer Prinzipien und des Grundgesetztes Biographieförderung betreiben wollen, doch die Struktur an sich halte ich für unbedingt erhaltenswert. Dadurch werden große gesellschaftliche Gruppen für die Begabtenförderung ideell wie materiell mit verantwortlich. Abgesehen davon entsteht durch diese plurale Verfasstheit der Förderung eine kollegiale Konkurrenz um das beste Förderkonzept – im Wissen, dass es die eine, einzig wahre Definition von Begabung, von Erkennen und Fördern von Begabungen nicht gibt. Die plurale Struktur der bisherigen Begabtenförderung ist deshalb das geeignete Konzept, der Vielfalt an Leistungspotentialen junger Studierender gerecht zu werden und ihnen in ihrer persönlichen Entwicklung geeignete Angebote der Orientierung zu geben. Auf solche "Leuchttürme" sollten wir auch in Zeiten des Radars nicht verzichten.

Dr. Claudia Lücking-Michel, Vizepräsidentin des ZdK, Generalsekretärin des Cusanuswerkes

(Zitate aus: A. Schavan, Dienst der Kirche an der modernen Welt, in: Begabung als Herausforderung, Paderborn 1991, 11-18)

Um Deutschlands und Europas willen

EU braucht soziale Perspektiven

Nach dem klaren 'Nein' der Franzosen und Niederländer zum europäischen Verfassungsvertrag ist guter Rat teuer. Die Vereinigung Europas ist heute angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung, des Erstarkens von China und Indien und der Verunsicherung einer durch internationalen Terrorismus und Irakkrieg geschwächten USA unverzichtbar, denn es ist unbestreitbar, dass auch die größten europäischen Nationen alleine weder ihre eigenen Interessen angemessen vertreten noch dem Weltgemeinwohl, und insbesondere dem Wohl der Ärmsten, dienen können. Allerdings gibt es sowohl über den richtigen Weg zur Einigung wie auch über deren innere Qualität einen europäischen Dissens, an dessen Überwindung auch die katholischen Laien in Deutschland mitarbeiten können.

Den Weg der Integration fortschreiben

Der Weg zur Vereinigung Europas darf kein hegemonialer sein. Das ist besonders aus deutscher Perspektive zu berücksichtigen. Deutschland wird wegen seiner Größe auf Dauer ein sperriger und letztlich als zu stark empfundener Partner für alle Nachbarn bleiben. Bilaterale Verträge allein können deshalb weder Stabilität schaffen noch Vertrauen festigen, sondern es muss aus deutscher Sicht auch eine multilaterale europäische Vertrags- und Wertegemeinschaft geben. Ohne diese wäre Deutschland einem permanenten Hegemonieverdacht ausgesetzt, und das wäre auch im Konzert mit anderen großen europäischen Ländern nicht anders.

Der französische Innenminister und vermutliche Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy hat aus seiner Vorliebe für ein Direktorium der großen Nationen innerhalb oder auch außerhalb des EU-Rahmens keinen Hehl gemacht. Er beruft sich dabei auf die aus seiner Sicht guten Erfahrungen der vergangenen Jahre bei der Zusammenarbeit der Innenminister von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien. Ein Direktorium der großen Staaten, selbst wenn es noch um Polen erweitert würde, erzeugte bei den kleinen jedoch unweigerlich Misstrauen und den Eindruck der Bevormundung, der sie sich dann durch die

Suche nach anderen Partnern (USA, Russland) entziehen würden. Die Europäische Union würde zerfasern.

Zur Integration auf vertraglicher Basis und mit starken europäischen Institutionen, wie sie sich seit über fünfzig Jahre entwickelt hat, gibt es deshalb keine Alternative. Allerdings versteht sich auch, dass die Gemeinschaftsmethode, die ursprünglich für sechs Staaten erdacht wurde, bei einer Europäischen Union mit fünfundzwanzig Mitgliedern der Anpassung bedarf, damit « die Starken finden, wonach sie verlangen, und die Schwachen nicht davonlaufen ». So forderte es schon der Heilige Benedikt in seiner Regel. Die im Entwurf des Verfassungsvertrags vorgesehenen Neuregelungen bleiben deswegen ein bemerkenswerter Kompromiss: Der Ausbau der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments, die Schaffung einer stabilen Präsidentschaft für den Europäischen Rat, die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit bei den Abstimmungen im Ministerrat und mittelfristig eine kleinere europäische Kommission mit einem gestärkten Präsidenten stellen die Eckpunkte der von Konvent und Regierungskonferenz erarbeiteten institutionellen Vertiefung dar. Sie gilt es zu bewahren, und sie standen während der Debatten in Frankreich und Niederlanden auch nicht im Zentrum der Kritik.

Das Ziel des sozialen Europas bestimmen

Worum es vielen, die mit Nein gestimmt haben, indessen wirklich ging, war die Sorge um soziale Sicherheit und Arbeitsplätze. Die EU erschien vielen Gegnern des Verfassungsvertrags als das trojanische Pferd einer ungeliebten Globalisierung, insbesondere nach dem Beitritt von zehn vor allem mittel- und zentraleuropäischen Staaten am 1. Mai letzten Jahres. Dass dieses glückliche Ereignis in den alten EU-Staaten nur mit verhaltener Freude registriert wurde, kann im Nachhinein als erstes Zeichen für das bevorstehende größere politische Unwetter gelten, das mit dem negativen Ergebnis der Volksabstimmungen in zwei Gründerstaaten über die EU hereinbrach.

Dass im Anschluss daran die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren, sich auf die mittelfristige Gestaltung des europäischen Haushalts zu verständigen, hat die Lage noch verschlimmert und besonders in den neuen Mitgliedsstaaten für weiteren Unmut gesorgt. Auch die von der britischen Ratspräsidentschaft organisierte Diskussion über das europäische Sozialmodell auf dem Gipfel des Europäischen Rates im Oktober in

Hampton Court hat am Zustand offener oder verdeckter Ablehnung der EU durch weite Teile der Bevölkerung nichts geändert.

Dabei werden gerade auf die Frage nach dem europäischen Sozialmodell klare Antworten erwartet: Soll es auf die Dauer und am Ende eines sicher noch langen Weges für alle EU-Bürger einen vergleichbaren Sozialschutz geben, der ihnen bei der Bewältigung der großen Lebensrisiken hilft und für das berufliche Fortkommen und ihr Familienleben Unterstützung bietet? Wer darauf mit 'Ja' antwortet, wird den europäischen Institutionen neben der Integration von Märkten und Währung auch eine subsidiäre Rolle bei der Ausgestaltung des sozialen Europas zuweisen müssen. Mit der Erwähnung einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft bei den Zielen der Union ist dafür zumindest aus deutscher Sicht im europäischen Verfassungsvertrag der Grundstein gelegt worden.

Die europäische Debatte über eine europäische soziale Marktwirtschaft wird in den kommenden Jahren indessen noch vertieft werden müssen, während europäische Kommission und Ministerrat gut beraten sind, die soziale Dimension der Lissabonstrategie nicht außer Acht zu lassen. Ansatzpunkte dafür lägen in einer jüngst von den Bischöfen der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) geforderten europäischen Familienstrategie, einer engeren und sichtbarereren europäischen Zusammenarbeit bei der Bewältigung sich häufender Naturkatastrophen und einem ambitionierten Programm von Mindeststandards bei sozialen Dienstleistungen.

Gordon Brown, der britische Schatzkanzler hat in einer Streitschrift seine Vorstellungen eines europäischen Integrationsmodells entwickelt. In « Global Europe : full employment Europe » hat er dem gegenwärtigen Modell eines nach innen blickenden und auf sich selbst fixierten Europas die Vision eines globalen Europas gegenüber gestellt. Ihre Bestandteile sind ein auf die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer ausgerichtetes Sozialmodell in alleiniger Verantwortung der Mitgliedsstaaten, die Vollendung des Binnenmarktes und die Forschungsförderung durch die EU sowie deren Öffnung mit dem Ziel einer verstärkten transatlantischen Integration.

Ein wirkliche Antwort darauf steht noch aus.

Es ist jedoch illusorisch zu glauben, eine starke und nach außen handlungsfähige EU könnte ohne inneren Zusammenhalt auskommen, der auch durch die Perspektive eines sozialen Europas geschaffen werden muss, so wichtig florierende Unternehmen und funktionierende Märkte gerade für eine leistungsfähige Sozialpolitik sind. Das ist die große Lehre der Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Darüber hinaus geht es um den geistigen und kulturellen Zusammenhalt Europas, doch dafür tragen die Kirchen, Religionsgemeinschaften und andere Akteure weit mehr Verantwortung als staatliche Instanzen.

Vierzig Jahre nach dem feierlichen Ende des II. Vatikanischen Konzils steht die eine katholische Kirche in Europa deshalb in der Verantwortung, sich nicht nur mit den zweifellos zentralen Fragen des Konzilsdokuments 'Lumen Gentium' und der « ecclesia ad intra » zu befassen. Sie ist auch nach außen, « ad extra », gerufen. Ihr Einsatz für die in der pastoralen Konstitution 'Gaudium et Spes' angesprochenen Themen des Lebensschutzes, der Stärkung von Ehe und Familie, von sozialer Gerechtigkeit, Entwicklungshilfe und Frieden gehört auch im europäischen Kontext zur Mitte kirchlichen Lebens.

Deutschland und Frankreich

Im Mai 2007 wird der nächste französische Präsident gewählt. Gemeinsam mit seinem niederländischen Amtskollegen wird er beim europäischen Gipfel im darauf folgenden Juni mit einem Vorschlag für einen Weg aus der institutionellen Krise vor die anderen Staats- und Regierungschefs treten müssen. Das wird ihm dann leichter fallen, wenn schon beim vorherigen Europäischen Rat im März 2007 eine Verständigung über die soziale Finalität Europas erreicht werden könnte. Deshalb ist die Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 die mit Abstand wichtigste in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts. Es ist die deutsche, und die Katholiken in Deutschland sollten ihrer Regierung bei dieser großen Aufgabe mit Rat und Tat unterstützen. Um Deutschlands und Europas willen !

Stefan Lunte, Stellvertretender Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), Brüssel

Gerechtigkeit – Maßstab für das neue Europa

Gedanken zum Themenbereich III des Saarbrücker Katholikentags

"Gerechtigkeit - Maßstab für das neue Europa" lautet die Losung für den Themenbereich III des Katholikentages 2006 in Saarbrücken. Dass sich der Katholikentag, der unter dem Leitwort "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" steht, auch der Frage der Gerechtigkeit im europäischen Zusammenhang stellen will, hat viele gute Gründe, abgesehen davon, dass das Europa-Thema bei den Katholikentagen traditionell eine prominente Rolle spielt.

Diesmal sind wir in Saarbrücken. Stadt und Region sind in vielfältiger Weise - geografisch, historisch und kulturell - eingebettet in die europäischen Entwicklungen. Ein besonders geeigneter Ort auch für die Begegnung mit den Freunden und Partnern aus den Nachbarländern, die in erheblicher Zahl als Teilnehmer und Mitwirkende in Saarbrücken erwartet werden. Über Europa soll nicht nur aus deutscher Perspektive gesprochen werden. Die verschiedenen Sichtweisen sollen zur Geltung gebracht werden, wenn wir uns danach fragen, wie Europa die Gerechtigkeitsfrage beantwortet und beantworten soll.

Das Gebot der Gerechtigkeit stellt sich auf allen Ebenen des Zusammenlebens. Auch natürlich im Rahmen des europäischen Gemeinwesens. Und wie in den anderen Zusammenhängen, sei es auf der nationalen, der regionalen, der lokalen oder der globalen Ebene, richtet sich die Gerechtigkeitsfrage auch im europäischen Zusammenhang auf unterschiedliche Situationen und Tatbestände.

Sozialstaat im Zentrum

Im Zentrum der europäischen Debatte um Gerechtigkeit steht die Zukunft des Sozialstaats, der nach einem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geformt ist, das in den meisten europäischen Ländern während der ersten Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg erfolgreich war und den Wiederaufbau ermöglichte. In Deutschland wurde es als "Soziale Marktwirtschaft" zum Markenzeichen einer Politik, der es über eine geraume Zeit hinweg gelang, die Gesetze der Wirtschaft und des Marktes mit dem Gebot der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit zu versöhnen. In Frankreich spricht

man vom "Etat providence", woanders vom "Welfare State". Im politischen Diskurs der Europäischen Gemeinschaft/Union ist es das "europäische Sozialmodell", dem die Mitgliedstaaten in der Vergangenheit ihre Stabilität und ihren Wohlstand verdanken.

Dieses Modell oder die Politik, die sich auf dieses Modell beruft, steht auf dem Prüfstand, nachdem es im Laufe des letzten Jahrzehnts mehr und mehr unter Druck geraten ist und infrage gestellt wird. Seine Ideologisierung und vor allem die Verkrustung und Überforderung der sozialen Sicherungssysteme, die (als Manifestationen der institutionalisierten Solidarität) das Herzstück des europäischen Sozialmodells ausmachen, haben dazu geführt, den Glauben in seine nachhaltige Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit angesichts neuer Herausforderungen zu unterminieren.

Es ergeben sich hieraus eine Reihe von Fragen, die in allen europäischen Ländern im Hinblick auf die jeweilige nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie auf der Ebene der Europäischen Union im Hinblick auf die gemeinschaftlichen Möglichkeiten, die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gestalten, intensiv diskutiert werden. Vorläufige Antworten haben in verschiedenen Reformprojekten ihren Niederschlag gefunden. Der Ausgang dieser Debatte entscheidet über die zukünftige Gestaltung der *Res publica europea* und wird ihre Identität prägen. Grund genug, dass sich der Katholikentag damit befasst und sich u.a. folgenden Fragen stellt: Ist der europäische Sozialstaat unter den neuen Bedingungen (Globalisierung, Entwicklung der Demographie, kultureller Wandel) noch haltbar? Welche Korrekturen sind notwendig, um die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig leistungsfähig zu machen, ohne das Gebot der Solidarität und der Gerechtigkeit zu verletzen? Bis zu welchem Grad darf der notwendige Umbau des Sozialstaats zum Abbau von gesetzlich verbrieften Leistungen führen? Was ist in diesem Zusammenhang gerecht, was ist zumutbar? Welche Orientierungen bietet die katholische Soziallehre den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft?

Spielraum für Regionen

Gerechtigkeitsfragen stellen sich auch zum Beispiel im Hinblick auf die Stellung, die den einzelnen Teilen des Ganzen, das in der Europäischen Union entsteht, in diesem Prozess eingeräumt wird. Die Hoffnung der Europäer auf Einheit kann nur erfüllt werden, wenn die Einheit die Vielfalt Europas reflektiert, sie respektiert und als Gestaltungsprinzip

in seine Verfassungsordnung aufnimmt. Diese Vielfalt ist aber nicht nur eine Vielfalt der Nationen oder Nationalstaaten, die im politischen Prozess der Integration die Europäische Union als übernationales oder transnationales Gemeinwesen konstituieren. In seiner nationalen Vielfalt ist eine weitere Vielfalt an Wirklichkeiten enthalten: die Regionen mit ihren unterschiedlichen Traditionen, Kulturen, Gebräuchen und politisch-sozialen Ordnungen, ebenso wie die ethnischen und kulturellen Minderheiten mit ihren spezifischen Erfahrungen und Lebensweisen.

Wenn Gerechtigkeit der Maßstab für das neue Europa sein soll, gilt es, diesen vielfältigen Manifestationen europäischer Existenz gerecht zu werden, will heißen: ihnen Raum zu geben zur Entfaltung ihrer Besonderheiten, die den Reichtum Europas ausmachen, und die Spannungen auszuhalten, die sich aus den Interessen und Projekten einer solchen Vielzahl von Akteuren und Adressaten der Europapolitik ergeben. Hier stellen sich Fragen nach der Rolle für die Regionen und nach den Perspektiven für die nationalen, ethnischen und kulturellen Minderheiten. Widerfährt ihnen Gerechtigkeit in ihrem jeweiligen nationalen oder staatlichen Kontext? Wie kann ihnen im Kontext der übernationalen Union Gerechtigkeit geschehen?

Fragen der Erweiterung

Wieder eine andere Perspektive auf die Gerechtigkeitsfrage im europäischen Kontext eröffnet sich durch die Politik der wiederholten Erweiterungen der Union um neue Mitgliedstaaten, die einen Anspruch auf solidarische Aufnahme geltend machen können.

Aber kann ein Gemeinwesen zu sich selbst finden, seine Identität bestimmen und damit Vertrauen zu sich selbst gewinnen, wenn es sich nicht darauf verständigt, wie weit es in dem Raum ausgreift, in dem es sich realisieren will? Kann ein Gemeinwesen, das nicht weiß, wo seine Grenzen liegen, für sich selbst Gerechtigkeit empfinden und dadurch zu der Selbstsicherheit gelangen, die die Voraussetzung dafür ist, dass es auch seiner Umwelt und seinen Nachbarn gegenüber gerecht werden kann? Muss nicht seiner Gestaltung oder Verfassung im Innern eine äußere Gestalt, eine Fassung und Begrenzung, innerhalb derer das Gemeinwesen sein und werden kann, was seiner Bestimmung und dem Willen seiner Bürgerinnen und Bürger gemäß ist?

Die Frage der Erweiterung der Europäischen Union wurde von den Staats- und Regierungschefs allzu lange als Chefsache behandelt. Das ist gut gegangen, solange sie sich dabei stützten konnten auf den allgemeinen Konsens, dass die europäischen Länder und Völker, die durch ihre Geographie und durch ihre historische, kulturelle und religiöse Prägung unzweideutig zu Europa gehören und deshalb selbstverständlich in die Solidarität der Europäer einbezogen waren.

Die von den Staats- und Regierungschefs verfolgte Absicht, der Türkei die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu eröffnen, findet offensichtlich keine allgemeine Zustimmung. Die Bürgerinnen und Bürger fordern ihr demokratisches Recht ein, bei einer solch fundamentalen Frage gehört zu werden.

Wie weit soll die Erweiterung der europäischen Union getrieben werden? Besteht nicht die Gefahr einer Überdehnung und Entgrenzung? Wie weit reicht der kulturelle, soziale und politische Konsens der Europäer? Umfasst dieser Konsens die Türkei? Welche Gründe sprechen unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit für eine Mitgliedschaft der Türkei? Welche Gründe sprechen dagegen? Wie kann die Europäische Union dem Anliegen der Türkei auf Zugehörigkeit zum politisch-wirtschaftlichen System der Europäischen Union eventuell besser gerecht werden als mit einer Mitgliedschaft?

Vor den Maßstab der Gerechtigkeit gestellt muss sich die Europäische Union eine Vielzahl weiterer Fragen gefallen lassen, zumal sie in historischer Betrachtung als Versöhnungs- und Friedensprojekt ethisch begründet wurde. Sie sollte Versöhnung und Frieden zwischen ehemals verfeindeten Nachbarn durch gemeinschaftliche Arbeit an der Zukunft sichern. Was bedeutet dieser Anspruch, falls die Europäer ihm noch gerecht werden wollen, zum Beispiel für ihre Politik gegenüber den Nachbarn in Not auf dem Balkan, die ihren Frieden noch suchen? Und welche Verantwortung will und kann Europa im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt und für die Welt übernehmen?

Dr. Thomas Jansen, Mitglied des ZdK, Vorsitzender des Arbeitskreises zum Themenbereich III "Gerechtigkeit – Maßstab für das neue Europa"

Denkwürdige Sätze

Persönliche Perspektiven

Seit September 2005 lädt der Saarbrücker Katholikentag alle Interessierten auf seiner Homepage (www.katholikentag.de) ein, 100 Worte zu ihrem persönlichen Verständnis von Gerechtigkeit zu formulieren. Inzwischen sind schon zahlreiche Beiträge aus Politik und Gesellschaft eingegangen. Anbei finden Sie einige Beispiele.

Klaus Töpfer

In Nairobi lebe ich, in dieser Stadt mit 3,6 Millionen Einwohnern, in dieser Stadt mit dem größten Slum Afrikas, Kibera. Allein dort leben fast eine Million Menschen in für die meisten von uns nicht nachvollziehbarer Armut. Dort kämpfen Familien - besonders die Mütter - tagtäglich einen nahezu hoffnungslosen Kampf: ihre Kinder zu ernähren und ihnen einigermaßen "sauberes" Trinkwasser zu besorgen; ihnen eine kurze Zukunft zu schaffen. Gleichzeitig in dieser Welt: Die Seuche der Übergewichtigkeit bei Kindern, weiterhin drastische Belastung des Klimas durch das zweite und dritte Auto in der Familie.

Insbesondere die Armen in dieser Welt leiden zunehmend unter dem damit verbundenen Anstieg der Naturkatastrophen! Gerechtigkeit also? Nein, Anklage! Der Skandal des Wegsehens. Gerechtigkeit - aufwachen aus der Lethargie dieses Wegsehens. Gerechtigkeit heißt, nicht auf Kosten der Lebensmöglichkeiten der Armen in dieser Welt zu leben. Gerechtigkeit heißt, Verantwortung zu übernehmen, Solidarität nicht nur zu predigen, sondern auch zu verwirklichen.

(Klaus Töpfer, Executive Director United Nations Environment Programme)

Klaus Mertes

Ich erinnere mich an den Ausruf eines empörten Schülervaters, der mir auf einer Elternversammlung zurief: "Sie benachteiligen die Reichen!" Grund für diesen Vorwurf war, dass ich eine Klassenfahrt wegen des zu hohen Teilnehmerpreises nicht genehmigte. Ein denkwürdiger Satz!

Gerade bei der Frage nach der Gerechtigkeit kommt es darauf an, aus wessen Perspektive sie gestellt wird. Ich finde die konkrete Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit in der Regel um den Preis eines Konfliktes. Das ist meine Lebens-

erfahrung. Aber dann ist es ganz einfach und ganz klar: Die Bevorzugung der Armen ist gerecht - nicht weil sie bessere Menschen sind, sondern weil sie denen Bedeutung (zurück)gibt, deren Bedeutung gelehnet wird.

(P. Klaus Mertes SJ)

Katrin Göring-Eckardt

Gerechtigkeit - für mich ist dieser Begriff die treibende Kraft für Veränderung, Idee und Verheißung einer besseren Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Ob es um den skandalösen Mangel an Gerechtigkeit zwischen Reichen und Armen im Weltmaßstab geht oder um die individuellen Lebenschancen in unserer Gesellschaft: Wir sind beschämend weit entfernt von einer gerechten Ordnung. Gerechtigkeit hat viele Gesichter. Sie ist das Gegenteil von Willkür; Sie sichert eine angemessene Verteilung knapper Güter; Sie ermöglicht den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen. Demokratie ist ohne Gerechtigkeit nicht lebensfähig. Gerechtigkeit hat aber auch eine dunkle Seite. Ohne Barmherzigkeit kann sie unmenschlich werden.

(Katrin Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages)

Norbert Walter

Die Paradiesillusion einer Geschenkwirtschaft zu verbreiten, gleichzeitig aber die Bürger mit hohen Steuern und Abgaben zu belasten, ist also kein konstruktiver Beitrag zur Bewältigung irdischer Knappheiten und zur Minimierung von Konflikten. Es scheint aber ebenso eindeutig, dass solches Handeln letztlich wenig mit Ethik, wenig mit Nächstenliebe, wenig mit Christenpflicht zu tun hat. Ein solches Wirtschaftssystem entmutigt, verleitet zu Indolenz und legalisiert wachsende Ansprüche auf das Eigentum Dritter (den Nächsten) - und führt zur Degeneration menschlicher Grundwerte, zur Aufgabe privater Verantwortlichkeit, zerstört letztendlich auch die private Bereitschaft, Hilfe zu leisten, vernichtet somit die Basis für das Soziale schlechthin.

(Prof. Dr. Norbert Walter, Deutsche Bank Research / Economics)

Wolfgang Mayer

Die meisten Leute denken wohl, Gerechtigkeit sei, alle Menschen gleich zu behandeln. Ich halte das jedoch für einen großen Irrtum. Ich bin überzeugt,

dass wir dann gerecht handeln, wenn wir mit unserem Verhalten dem jeweiligen Gegenüber gerecht werden. Wenn wir, um es kurz zu formulieren, mit Respekt den bzw. die jeweils Andere wahrnehmen, mit seinem/ihrer persönlichen Wesen, mit seinen/ihren Bedürfnissen usw., und uns gemäß dieser Wahrnehmung ihm/ihr gegenüber verhalten. So werden wir ihm/ihr gerecht.

(Wolfgang Mayer, Kath. Gefängnisseelsorger Ulm)

Christian Wulff

Für mich hat Gerechtigkeit viel zu tun mit Solidarität und Chancengleichheit. Sie eröffnet Rechte und beschreibt Pflichten. In unserem Staat ist Gerechtigkeit ein Grundwert unseres Verfassungs- und Rechtssystems. Gerechtigkeit erschöpft sich freilich nicht im Recht. Die Gerechtigkeit ist nicht untätig. Sie unterwirft sich nicht der Ungerechtigkeit (Raymond Poincaré). Als allgemeiner, verbindlicher Maßstab ist Gerechtigkeit zugleich Anforderung, sich für Benachteiligte engagiert einzusetzen und Partei für sie zu ergreifen, barmherzig zu sein.

Das biblische Verständnis lehrt uns, die umfassende Größe der Gerechtigkeit zu verstehen. Gott schenkt allen Menschen Gerechtigkeit. Einsatz für gerechte Verhältnisse auf dieser Erde ist für Christen somit zugleich Gottesdienst.

(Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen)

Peter Härtling

Sie stellen mir eine Frage, die ich mir seit langem, oft aufgewühlt und betroffen zu beantworten versuche: Wie kann ich mir Gerechtigkeit erklären und dazu noch Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht? So weit will ich nicht denken. Unter Gerechtigkeit verstehe ich immer den Ausgleich, das Gleichgewicht zwischen Haben und Nichthaben. Die jüdische Religion zählt die Schar der letzten Gerechten. Das zu erkennen und anzuerkennen macht mich traurig und ratlos. Sind so wenige gerecht?

(Peter Härtling, Schriftsteller)

Michael Sommer

Gerechtigkeit ist kein abstrakter Begriff, sondern verbindet sich für mich mit den konkreten Arbeits- und Lebensverhältnissen in unserer Gesellschaft. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die

zunehmende Armut, die drastischen Ungleichheiten von Einkommen und Vermögen, die Ungleichheit der Lebenschancen und ein Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen oder Migrantenfamilien benachteiligt, machen drastisch den Mangel an Gerechtigkeit in unserem Land deutlich. Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft bedeutet für mich: den Zugang zu Erwerbsarbeit, die dem Einzelnen ein existenzsicherndes Einkommen und ein Leben in Würde sichert; der soziale Schutz vor Krankheit, im Alter und vor Arbeitslosigkeit, demokratische Teilhabe aller in der Arbeits- und Lebenswelt, Bildungschancen für alle. Dafür suchen Gewerkschafter Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

(Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB)

Désirée Nick

Ich glaube nicht mehr an Gerechtigkeit, aber gerade aus diesem Unglauben heraus erscheint es jedes mal wie ein Wunder, wenn Gott die offene Rechnung, die das Leben mit uns hat, ausgleicht und die erlösende Gerechtigkeit wieder herstellt. Bloß, wie soll er das bei Menschen tun, denen das Schicksal die Familie und Hab und Gut genommen hat? Es gibt Dinge im Leben, die sind unersetzlich. Wenn die Gerechtigkeit jedoch wieder hergestellt wird, empfinde ich das deshalb als Gnade Gottes.

(Désirée Nick, Entertainerin)

Ulla Schmidt

Gerechtigkeit in einem Ausschnitt der Welt, für eine gesellschaftliche Gruppe oder in einer einzelnen Frage zu erreichen, ist schön aber oft kurz-sichtig. Was den einen zu Gute kommt, geht schnell zu Lasten anderer Menschen, Völker, Länder. Meine Idee von Gerechtigkeit ist die der Chancengleichheit für alle Menschen - und zwar unter Berücksichtigung ihrer individuellen Kräfte und Potenziale. Schwächen ausgleichen, Vorteile anrechnen, das finde ich gerecht. Der Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit sind die sichersten Garanten für Gerechtigkeit. In unserem Land und weltweit.

(Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung)

Zusammengestellt von Lioba Speer, Programmreferentin in der AG Katholikentage und Großveranstaltungen im Generalsekretariat des ZdK

Nachdenken über Bildung

Weihnachtliche Betrachtung zur Bildersprache

"Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott." Diese berühmten Anfangsworte des Johannesevangeliums werden wir auch in diesem Jahr wieder in den Gottesdiensten am ersten Weihnachtsfeiertag hören. Theologisch dicht wird hier das Wort als Ursprung des Lebens besungen; der Lógos, der mit der zweiten göttlichen Person identifiziert wird, offenbart sich als Prinzip und Fundament der Welt.

Wenn ich über diese weihnachtlichen Worte nachdenke, frage ich mich, wo das Bild seinen Ort hat, da wir Menschen bekanntlich einen Großteil unserer Informationen über die Augen und nicht über die Ohren empfangen. Ja, ich frage mich, ob das Wort überhaupt noch "up to date" ist, ob das schlichte, gesprochene Wort überhaupt noch die Herzen von jungen Menschen berühren kann. Wenn ich manchmal im Zug oder an Bahnhöfen Gespräche von Jugendlichen untereinander mithöre, habe ich meine Zweifel daran, ob sie einander mit Worten überhaupt noch erreichen. Da haben es die SMS-Worte auf dem Handy schon leichter, von einem Jugendlichen "verkostet" zu werden, ihm oder ihr unter die Haut zu gehen.

Aber die eigentliche Sprache der Jugendlichen scheint mir nicht die der Worte zu sein, sondern die der Bilder: Videoclips im Fernsehen, Videospiele von der Konsole, das Internet mit seiner Bilderflut. Und vielleicht darf man hier sogar die Tattoos benennen und die einer starken Normierung unterworfenen Kleidung der Jugendlichen, die dafür sorgt, dass sie ein ganz eigenes Bild von sich abgeben und sich so von anderen unterscheiden. Worte haben nur eine Chance, wenn sie Musik begleiten dürfen. Aber die eigentliche Wirkmacht besitzen hier die Bilder. Sie bestimmen, wie ein junger Mensch sich fühlt, ob er oder sie selbstbewusst-gestärkt in die Welt gehen kann.

Das Weihnachtsfest erinnert mich daran, dass unser Glaube auf eine lange und beeindruckende

Tradition von Bildern zurückschauen kann. Sicherlich ging hier das Wort immer dem Bild voraus, aber dennoch hat die christliche Kunst eine eigene Bildersprache hervorgebracht, die weit davon entfernt ist, sich auf eine pure Illustration des biblischen Textes zu beschränken. Gerade in der Bildwerdung des Wortes liegt etwas von der inkarnatorischen Dimension dessen, was wir an Weihnachten feiern. Auch in diesem Jahr sehen wir vor und zu den Festtagen wieder Krippen unter den Weihnachtsbäumen, Morgensterne an den Fenstern, Nikoläuse in den Straßen (ich meine die im Bischofsornat, nicht in den Farben der Coca-Cola-Reklame) als Beispiele von ursprünglich religiösen Bildern, die in der breiten Weihnachtskultur angekommen sind und weitergepflegt werden. Zweifellos sind das noch nicht die Bilder, die zu Jugendlichen sprechen könnten, aber hier tut sich eine Fragestellung auf, die weiterzuerfolgen sich lohnen würde.

Ich bin sehr froh, dass es im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ab dem nächsten Jahr wieder ein regelmäßiges Künstlertreffen geben soll. Sicherlich wäre das eine lohnende Thematik, die mit den Künstlerinnen und Künstlern ausgelotet werden könnte: Vertraut die Kirche zu sehr auf das Wort, traut sie ihrer eigenen Bildertradition nicht mehr? Welche Bildersprache ergibt sich aus der Botschaft des Glaubens? Welche Bilder müssten gefunden werden, damit junge Menschen von ihnen angesprochen werden?

Gewiss soll die Kunst nicht vor den kirchlichen Karren gespannt werden, aber ein wenig träume ich von einer Art neuer liturgischer Bewegung, wie sie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts junge Menschen mit den Mitteln von Kunst (Liturgie, Musik, Architektur) begeistert und in Bewegung gebracht hat. Ich träume von einer neuen Art von Bildung, die der Kraft der Bilder vertraut und nicht meint, alles nur mit vielen Worten erklären zu müssen. Weihnachten wäre der richtige Startpunkt, um sich darüber Gedanken zu machen: Welche Bilder vermitteln die uns menschlich begegnende Liebe Gottes?

Dr. Detlef Stäps, Geistlicher Rektor im Zdk